Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf “weiterlesen” klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (JB)

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

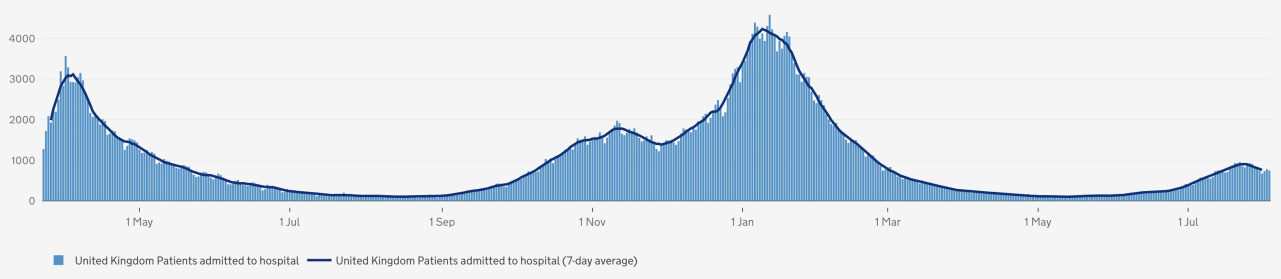
1. Zahlen sinken trotz Freiheiten: Großbritannien lässt Virologen hoffen
2. Impfstoffe: Knebelverträge sollten 10 Jahre geheim bleiben
3. Geänderte Anforderungen: US-Streitkräfte behalten sechs Liegenschaften in Deutschland und Belgien
4. Daniel Hale sagte die Wahrheit über den US-Drohnenkrieg, jetzt ist er im Gefängnis
5. Gewerkschaftschef Weselsky setzt auf Eskalation
6. Sabine Döring: „Moraltheoretisch spricht nichts gegen die Impfpflicht“
7. Während in Deutschland der Druck auf Ungeimpfte steigt, hebt Dänemark alle Corona-Maßnahmen auf
8. Weltklimarat warnt vor Kontrollverlust beim Klimaschutz
9. Ein Landrat der keiner ist
10. Best of Informationsfreiheit: Wenn die Lobby zu Gast ist
11. Wenn das Meer um fünf Meter steigt
12. Michail Gorbatschow: “Solange es Atomwaffen gibt, besteht die Gefahr eines Atomkriegs”
13. Ukrainer aus Donbass-Region sollen nach Russland übersiedeln
14. Eroberungskrieg der Taliban: Sorge vor einem Massenexodus
15. Aktivistin aus Frankfurt überlebt Attentat in Kolumbien

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

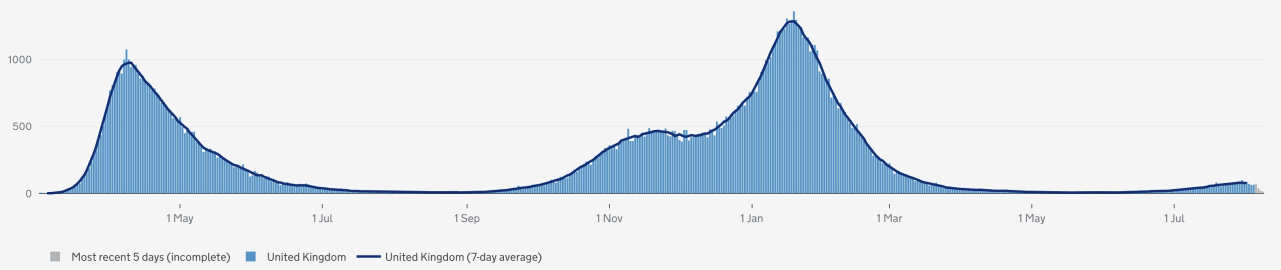
1. **Zahlen sinken trotz Freiheiten: Großbritannien lässt Virologen hoffen**
   Die britische Regierung hatte am 19. Juli im Rahmen eines “Freedom Days” (Freiheitstags) fast alle Corona-Einschränkungen zurückgenommen und stattdessen an die Eigenverantwortung der Bürger appelliert – trotz stark steigender Fallzahlen. Zu dem Zeitpunkt hatten 88 Prozent der Erwachsenen eine erste Impfung erhalten. Knapp 68 Prozent waren bereits zwei Mal geimpft. Die Infektionen waren in den Tagen darauf zurückgegangen und auch zuletzt nur wieder vergleichsweise leicht gestiegen. “Das lässt sich aber wie gesagt nicht eins zu eins übertragen”, sagte Schmidt-Chanasit. “Zumal in Großbritannien hauptsächlich der Impfstoff von Astrazeneca

verwendet wurde und mehr Menschen bereits geimpft sind.” Für Deutschland riet er deshalb zur Vorsicht. “Und es ist vor allen Dingen ja immer auch eine politische Entscheidung.” Ob man einen “Freiheitstag” wie in Großbritannien mache, “müssen wir als Gesellschaft diskutieren”.
Quelle: n-tv

Anmerkung Jens Berger: *Die Zahlen aus Großbritannien sind nach wie vor positiv. Wie man nun – drei Wochen nach der nahezu völligen Öffnung – sehen kann, hat sich die Zahl der schweren Verläufen weitestgehend und die Zahl der Todesfälle fast komplett von den Infektionen abgekoppelt.*



Krankenhauseinweisungen



Todesfälle

2. **Impfstoffe: Knebelverträge sollten 10 Jahre geheim bleiben**
Null Haftung für Schäden. Staaten müssen sogar Anwalts- und Gerichtskosten der Konzerne übernehmen. Hier geleakte Originalauszüge.
Westliche Regierungen waren so erpicht, möglichst rasch möglichst viel Impfstoffe zu kaufen, dass sie sich von den Herstellern Knebelverträge haben diktieren lassen. Weiter unten zeigen wir Originalauszüge aus dem geheimen Kaufvertrag, den der Konzern Pfizer/Biontech mit Albanien abgeschlossen hat. Transparency International stellte einen definitiven Vertragsentwurf mit Albanien ins Netz. Es ist davon auszugehen, dass der Pharmakonzern mit den anderen Vertragspartnern substanziell

gleich lautende Verträge abschloss. Nur die festgesetzten Preise sind sehr unterschiedlich, wie aus früheren Leaks hervorgeht.
Zuerst das Wichtigste aus drei Vertragsklauseln:

- (Ziffer 2.1) Die vereinbarten Abnahmemengen gelten auch dann, wenn zweckmässigere Impfstoffe oder wirksame Medikamente auf den Markt kommen sollten.

- (Ziffern 8.1 bis 8.4) Pfizer/Biontech befreit sich nicht nur selbst aus jeglicher Haftung für irgendwelche Schäden. Auch sämtliche Drittbeteiligte an der Produktion, an der Distribution, der Vermarktung sowie auch die beauftragten Forscher und die Verabreicher des Impfstoffs usw. sind von jeglicher Haftung befreit.

- Wird gegen Pfizer/Biontech irgendwo vor Gericht geklagt, müssen die Vertragspartner (also die Regierungen) sämtliche Anwalts- und Gerichtskosten, Vergleichskosten, Entschädigungen, Bussen und andere Ausgaben übernehmen.

- [Trotzdem verbreiten Behörden immer noch die Unwahrheit, dass die Hersteller für auftretende Schäden haften, sofern die Impfung als Ursache feststeht.]

- (Ziffer 10.4) Der Inhalt des Vertrags muss bis zehn Jahre nach Vertragsauflösung strikt geheim gehalten werden. Im Vertrag mit Israel ist eine Geheimhaltung sogar von 30 Jahren vereinbart. Offensichtlich gibt es im Vertrag mit Israel, das sich vor allen anderen Staaten grosse Mengen Impfstoff sichern konnte, mehr zu verstecken

Solche einseitigen, jetzt durch ein Leck doch öffentlich gewordene Vertragsklauseln sind nach deutschem Recht missbräuchlich. Doch die Regierung als Vertragspartnerin wagt es wohl nicht, die Klauseln vor Gericht anzufechten.
Quelle: Infosperber

3. **Geänderte Anforderungen: US-Streitkräfte behalten sechs Liegenschaften in Deutschland und Belgien**
Wie die U.S. Army Europe Africa am (heutigen) Freitag mitteilte, sollen diese Kasernen, Lager und weitere Infrastruktureinrichtungen in der Nutzung der US-Streitkräfte bleiben:
   - Germton Barracks in Ansbach

- Pulaski Barracks in Kaiserslautern
- Coleman Barracks in Mannheim
- Weilimdorf Warehouse in Stuttgart
- Amelia Earhart Center in Wiesbaden
- Daumerie Caserne in Belgien

Der Plan zur Schließung und Rückgabe der Coleman Barracks in Mannheim war nach Angaben der U.S. Army bereits 2010 gefasst worden, die Schließung der übrigen Liegenschaften war 2015 entschieden worden – und damit weit vor den inzwischen zurück genommenen Plänen des früheren US-Präsidenten Donald Trump, die Präsenz der US-Streitkräfte in Deutschland als Strafe für zu geringe Verteidigungsausgaben zu reduzieren. (…)
Die weitere Nutzung ist damit ein wesentlicher Hinweis darauf, dass die USA an ihrer militärischen Präsenz in Europa festhalten – und Deutschland dabei die Rolle einer wichtigen Drehscheibe für die Logistik zukommt.
Quelle: Augen geradeaus!

Anmerkung Christian Reimann: *Deutschlands Rolle als "eine wichtige Drehschreibe für die Logistik" innerhalb des US-Imperiums soll erhalten bleiben und modernisiert werden.*

4. **Daniel Hale sagte die Wahrheit über den US-Drohnenkrieg, jetzt ist er im Gefängnis**
Die Enthüllungen des Whistleblowers Daniel Hale sind keine Gefahr für die innere Sicherheit der USA, doch seine Verurteilung zu beinahe vier Jahren Haft ist ein Schlag gegen die Demokratie.
Am 27. Juli 2021 verurteilte Richter Liam O'Grady den Drohnen-Whistleblower Daniel Hale zu drei Jahren und neun Monaten Haft im Bundesgefängnis. Der Gerichtssaal war voll von Unterstützenden, darunter Freunde, Whistleblower, die selbst strafrechtlich verfolgt worden waren, Friedensaktivisten und Verfechter der Pressefreiheit. Als US-Beamte Hale abführten, rief einer seiner Mitbewohner: »Wir sehen uns bald wieder, Dan«. Kurz darauf erhoben sich fast alle auf der vollbesetzten Tribüne des Gerichtssaals und winkten Hale zum Abschied zu. »Danke«, war immer wieder zu hören, als die Leute dem ehemaligen Soldaten zuriefen, der alles riskiert hatte, um die

Brutalität des weltweiten Mordprogramms der USA aufzudecken.
Drei Tage später, während das Justizministerium und das »Büro des Direktors der Nationalen Nachrichtendienste« über den »National Whistleblower Appreciation Day« twitterten, wurde Hale in das Regionalgefängnis Northern Neck verlegt. Er wird derzeit in einem Raum mit hundert Personen festgehalten, ohne eine Matratze, Decke und ohne Wechselkleidung, und natürlich auch ohne Besucher.
Derartige Haftbedingungen sind unter allen Umständen verabscheuungswürdig. Keine Gesellschaft, die die Würde des Menschen ernst nimmt, würde jemanden diesen Bedingungen aussetzen, unabhängig davon, wofür er verurteilt worden ist. Dass Hales »Verbrechen« darin besteht, die Wahrheit über US-Kriegsverbrechen zu sagen, macht die Situation noch abscheulicher. Sogar der Bundesrichter, der Hale ins Gefängnis schickte, erkannte an, dass Hale bei seinen Versuchen, die Öffentlichkeit auf den menschlichen Tribut des Drohnenkriegs aufmerksam zu machen, großen Mut bewiesen hatte.
Quelle: Jacobin

Lesen Sie dazu auch auf den NachDenkSeiten: Ein Held, den man kennen sollte.

5. **Gewerkschaftschef Weselsky setzt auf Eskalation**
Der Streik der Lokführer der Deutschen Bahn scheint beschlossene Sache. Der Chef der Gewerkschaft GDL rechnet mit einer deutlichen Zustimmung. Die Leidtragenden sind die Kunden der Bahn.
Die Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) hat am Montag mit der Auszählung der Mitgliederstimmen zu möglichen Streiks bei der Deutschen Bahn (DB) begonnen. »Die Eisenbahnerinnen und Eisenbahner sind es leid, dass sich die Führungskräfte mit Millionen die Taschen füllen und dass die kleinen Eisenbahner mit Null- und Minusrunden abgespeist werden«, sagte GDL-Chef Claus Weselsky. Die Tarifverhandlungen mit der Bahn seien gescheitert, was die DB geboten habe, sei »viel zu wenig«.
Quelle: SPIEGEL

***Anmerkung unseres Lesers E.:** Der Spiegel fängt mal wieder mit der Stimmungsmache gegen Gewerkschaften an und versucht dabei die Kunden gegen die Arbeitnehmer miteinzubeziehen.*

6. **Sabine Döring: „Moraltheoretisch spricht nichts gegen die Impfpflicht“**
im Interview mit Nils Markwardt, philosophie Magazin
Braucht es eine Corona-Impfpflicht? Sabine Döring, Professorin für Philosophie an der Universität Tübingen, argumentiert, warum Impfverweigerer sich nicht auf ihre

Autonomie berufen können, zu wenig über die Solidarischen geredet wird und wir uns am ‘zufriedenen Sokrates’ orientieren sollten.
Quelle: philomag

Anmerkung unseres Lesers Sören Bitz: *Der Artikel ist ein Beispiel dafür, wie vermeintliche intellektuelle und gebildete Bürger sich der Regierung andienen und auf Linie argumentieren. Dabei zeigt sich hier auch eine autoritäre Gesinnung, wie sie im Moment immer salonfähiger wird (z.B. durch Winfried Kretschmann, Markus Söder, Armin Falk). Ich halte Teile des Intervies für totalitär und antiindividualistisch. Der Einzelne zählt für Frau Döring offensichtlich nicht so viel. Autonomie ist für sie “liberale Befindlichkeit, resultierend aus falsch verstandener Autonomie”. Menschen, die sich (noch) nicht gegen Covid-19 impfen lassen bezeichnet sie als “Trittbrettfahrer” und “Defektierer” (das letzte allerdings in Anführungszeichen) und weiter unten im Text als “Unwissende, Ängstliche, Träge, Bockige, verbohrte Leugner und blanke Egoisten sehenden Auges”. Im Text kann man auch nachlesen, wie versucht wird, Begriffe wie “Solidarität” und “Verantwortung” zum Nachteil des Einzelnen umzudeuten, v.a. zum Nachteil Einzelner, die eben nicht das machen, was die vermeintliche Mehrheit von ihnen möchte. Und das in einem Land, indem Minderheitenschutz so hoch oben im Wertekanon rangiert. Einigkeit und Recht und Freiheit scheint es nur in dieser Reihenfolge zu geben.*

7. **Während in Deutschland der Druck auf Ungeimpfte steigt, hebt Dänemark alle Corona-Maßnahmen auf**
Ohne Schnelltests oder einen Nachweis zum Genesenen-Status ist eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben in Deutschland kaum möglich. Verschiedenen Medienberichten zufolge plant die Bundesregierung sogar eine Verschärfung im Herbst, wonach selbst die Grundsicherung des alltäglichen Bedarfs im Supermarkt nur noch mittels eines negativen Testergebnisses möglich sein wird – oder durch einen Impfnachweis.
Ganz anders sieht es aber bei unserem nördlichen Nachbarn Dänemark aus. Dort hat das Parlament in Kopenhagen jüngst entschieden, dass ab dem 1. Oktober sämtliche Corona-Maßnahmen beendet werden sollen. Es wird demnach keine Maskenpflicht mehr geben und das Testregime wird abgeschafft. Die Dänen werden dann keine Nachweise mehr bringen müssen, ob sie geimpft oder ungeimpft sind oder ob sie positiv bzw. negativ getestet wurden.
Die Einstellung sämtlicher Corona-Maßnahmen erfolgt angesichts steigender Inzidenzzahlen in Dänemark. Seit Anfang Juli ist dieser Wert von 31 auf 107,2 (Stand 8. August) gestiegen. Gleichzeitig werden die Obergrenzen dieses Corona-Indikators

kräftig erhöht. In Gemeinden steigt die Inzidenzgrenze von 300 auf 500, in Kreisen verdoppelt sich der Wert sogar von 500 auf 1.000. Voraussetzung bleibt aber dabei, dass die Krankenhäuser die mutmaßlich zu erwartenden steigenden Zahlen von COVID-19-Patienten problemlos behandeln können, ohne dass es zu Engpässen in der Sicherstellung des Gesundheitssystems kommt.
Quelle: RT DE

Anmerkung Christian Reimann: *Anders als auch Dänemark klammert sich die deutsche Exekutive in Bund und Ländern an den Inzidenzwert.*

8. **Weltklimarat warnt vor Kontrollverlust beim Klimaschutz**
   Ernster denn je sind die Warnungen des UN-Gremiums, sollte dem Treibhausgas-Ausstoß nicht endlich massiv entgegengetreten werden. Bereits 2030 könnte sich die Welttemperatur um 1,5 Grad erhöht haben.
   Der Weltklimarat der Vereinten Nationen (IPCC) hat eindringlich vor einem bevorstehenden Kontrollverlust bei der Erderwärmung gewarnt, wenn nicht sofort und umfassend gehandelt werde. Wie aus einem neuen Bericht des Rates hervorgeht, wird sich die Erde bei der derzeitigen Entwicklung bereits gegen 2030 um 1,5 Grad im Vergleich zum vorindustriellen Zeitalter erwärmen und damit zehn Jahre früher als 2018 prognostiziert. Das Pariser Klimaschutzabkommen sieht vor, die Erderwärmung bis zum Ende des Jahrhunderts auf möglichst 1,5 Grad – mindestens aber deutlich unter zwei Grad Celsius – zu begrenzen.
   Die Erderwärmung sei dabei "eindeutig" durch den Menschen verursacht. Die bereits stattgefundene Erwärmung um 1,1 Grad seit Mitte des 19. Jahrhunderts sei bis auf einen Bruchteil auf den Menschen zurückzuführen, heißt es in dem Bericht weiter. "Es ist seit Jahrzehnten klar, dass sich das Klimasystem der Erde verändert, und die Rolle des menschlichen Einflusses auf das Klimasystem ist unbestritten", erklärte Valérie Masson-Delmotte, Ko-Vorsitzende der zuständigen IPCC-Arbeitsgruppe. In einem früheren IPCC-Bericht von 2014 war nur die globale Erwärmung selbst als "eindeutig" bezeichnet worden.
   Quelle: DW
9. **Ein Landrat der keiner ist**
   Kommentar zum Verhalten von Landrat Pföhler nach der Flut
   […] Ein Landrat, der in einer solchen Krise nicht für seine Bürgerinnen und Bürger da ist, den braucht der Kreis Ahrweiler nicht. Das Verhalten von Pföhler nach dem Unwetter ist dem Amt eines Landrates nicht würdig. Die Bevölkerung braucht jetzt einen Macher, der für sie da ist. Das Ahrtal muss einen durchsetzungsstarken Mann oder durchsetzungsstarke Frau an der Spitze haben. Und niemanden, der sich

wegduckt, versteckt oder für die Menschen unerreichbar ist. Am Freitag hatte er dann zur Pressekonferenz geladen. Doch wenige Stunden vor Beginn wurde sie kurzfristig wegen „Terminüberschneidungen“ abgesagt.
Der Landkreis Ahrweiler braucht keinen Wegducker, Verstecker oder Taktierer. Er braucht eine starken Kreisspitze, die sich jetzt für die Region nun einsetzt, dass schnell und konkret geholfen wird und der Aufbau beginnt. Das ist mit Jürgen Pföhler nicht möglich. Deshalb sollte er umgehend seinen Hut nehmen und Platz machen für einen Landrat oder Landrätin, der oder die für die Menschen da ist, für ihre Interessen kämpft und sich einsetzt. Das brauchen diese mehr denn je.
Quelle: WochenSpiegel

10. **Best of Informationsfreiheit: Wenn die Lobby zu Gast ist**
Lobbyisten schaffen es immer wieder, Artikel und Gastbeiträge in renommierten Publikationen zu platzieren. Da gibt es noch einiges an Transparenz zu schaffen.
Es mag Menschen geben, die rein aus Leidenschaft Artikel über Finanzgeschäfte wie Leerverkäufe schreiben. Der ehemalige Verteidigungs- und Wirtschaftsminister Karl-Theodor zu Guttenberg gehört offenbar nicht dazu. Nach Recherchen (u.a. von Monitor) verfasste der Ex-Politiker im vergangenen Jahr für die FAZ einen Gastbeitrag mit dem Titel “Ein Virus namens Leerverkäufe”), während er als Lobbyist für das Unternehmen Wirecard tätig war. Die Botschaft seines Beitrags – bestimmte Spekulationen am Finanzmarkt müssten unterbunden werden – dürfte seinem Kunden sehr gut gepasst haben.
Zu Guttenberg selbst stritt ab, den Beitrag im Auftrag von Wirecard geschrieben zu haben, jedoch geht laut Monitor aus Wirecard-Unterlagen hervor, dass zu Guttenbergs Beitrag aus einem internen Argumentationspapier des Unternehmens stammt. Die SPD warf zu Guttenberg daraufhin vor, den Wirecard-Untersuchungsausschuss zu seinen Tätigkeiten belogen zu haben. Der Deutsche PR-Rat sah interne Unterlagen zu dem Fall ein und rügte daraufhin Guttenberg für “verdeckten Lobbyismus” und das Verschleiern der Hintergründe seines Gastbeitrags.
Quelle: Heise

11. **Wenn das Meer um fünf Meter steigt**
In Genf wurde der neueste Bericht des Weltklimarates über die physikalischen Grundlagen des Klimawandels vorgestellt
Es geht immer schneller. Das ist einer der wichtigsten Eindrücke, der sich aus der Lektüre des heute vorgestellten neuen Teilberichts des Weltklimarats, des Zwischenstaatlichen Ausschusses für Fragen des Klimawandels (IPCC, Intergovernmental Panel on Climate Change) ergibt. Zunächst ging es ausschließlich um die naturwissenschaftlichen Grundlagen.
Die IPCC-Arbeitsgruppe 1 hat den wissenschaftlichen Kenntnisstand über die

physikalischen Aspekte des Klimawandels zusammengetragen. Zwei weitere Berichte anderer Arbeitsgruppen über Auswirkungen, Anpassung und Vermeidung des Klimawandels sollen im Frühjahr 2022 folgen. Abschließend wird es ebenfalls 2022 einen Synthesebericht geben, den sechsten dieser Art. Der letzte, der fünfte Sachstandbericht wurde 2013 und 2014 veröffentlicht.
Wie zu erwarten war, ist die Botschaft alarmierend. Der mittlere Meeresspiegel ist zum Beispiel seit 1900 schneller als je zuvor in mindestens 3.000 Jahren gestiegen, so der IPCC. Das lag unter anderem auch daran, dass die Ozeane sich so schnell erwärmt haben, wie seit dem Ende des Übergangs von der letzten Eiszeit zur jetzigen Warmzeit nicht mehr. Das war vor etwa 11.000 Jahren. Mit der Erwärmung, die besonders in den oberen 700 Metern ausgeprägt ist, dehnt sich das Wasser aus und erhöht dadurch den Meeresspiegel.
Bisher hat diese thermische Expansion den größeren Teil des Anstiegs der Meere verursacht, aber in den letzten Jahrzehnten nimmt der Anteil des abschmelzenden Eises auf Grönland, in der Antarktis und der Gebirgsgletscher immer mehr zu. Die Rate, mit der die Eisschilde im hohen Norden und tiefen Süden verloren gehen, hat sich zwischen der Periode 1992 bis 1999 und der Perioden 2010 bis 2019 vervierfacht.
Quelle: Telepolis

12. **Michail Gorbatschow: “Solange es Atomwaffen gibt, besteht die Gefahr eines Atomkriegs”**
Kurz vor dem 30. Jahrestag des Putschs gegen ihn meldet sich Michail Gorbatschow mit einem langen Essay zurück. Er verteidigt seine Politik der Perestroika und nimmt zugleich unmissverständlich Stellung gegen die gegenwärtige Militarisierung der Weltpolitik. […]
Die Sowjetunion wurde nach dem gescheiterten Putsch vom August 1991 auf Betreiben Boris Jelzins und gegen den erklärten Willen Gorbatschows, der bis zum Schluss für einen neuen Unionsvertrag gekämpft hatte, mit Jelzins Unterschrift und der der KP-Vorsitzenden der Ukraine und Weißrusslands am 8. Dezember 1991 während eines clandestinen Treffens in einer Datscha im Westen von Belarus aufgelöst.
Laut Gorbatschow wurde damit die Politik der Perestroika unterbrochen, gescheitert sei sie aber nicht. Die bleibenden Ergebnisse sind für ihn: “Das Ende des Kalten Krieges, beispiellose nukleare Abrüstungsabkommen, Erwerb von Rechten und Freiheiten – Redefreiheit, Versammlungsfreiheit, Religionsfreiheit, Freiheit, das Land zu verlassen, alternative Wahlen, Mehrparteiensystem. Und vor allem haben wir den Veränderungsprozess so weit vorangetrieben, dass er nicht mehr rückgängig zu machen war.”
In der Außenpolitik war es laut Gorbatschow der Triumphalismus des amerikanischen

Establishments, das, anstatt den gemeinsamen Sieg über den Kalten Krieg zu erklären, nun den "Sieg der USA im Kalten Krieg" feierte. Dieser Triumphalismus verbreitete sich schnell über weite Teile der westlichen Welt.
Quelle: Leo Ensel auf RT.DE

13. **Ukrainer aus Donbass-Region sollen nach Russland übersiedeln**
Präsident Selenski fordert prorussische Bewohner zum Verlassen des Landes auf. Telepolis präsentiert zentrale Aussagen eines Interviews, über das im Westen nicht berichtet wird
Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenski hat einen Teil der Bürger der östlichen Donbass-Region in seinem ersten Interview für den neuen ukrainischen Fernsehkanal "Dom" (Haus) zur Übersiedlung nach Russland aufgefordert. Der Fernsehkanal wurde geschaffen, um die Menschen in den angeblich von Russland "zeitweilig okkupierten Gebieten", enger an die Ukraine zu binden.
Das 45-minütigem russischsprachige Interview provozierte bei oppositionellen Ukrainern und Russen Empörung, denn der ukrainische Präsident bezeichnet in dem Interview die Bürger der Ukraine, "die Russland lieben", als "Gäste", die so bald wie möglich "nach Russland übersiedeln müssen".
Der russische Musik-Produzent Maxim Fadejew, der einer jüdischen Familie entstammt, fühlte sich bei den Worten von Selenski an den NS-Propagandaminister Joseph Goebbels erinnert.
Der Propaganda-Chef der Hitler-Diktatur habe in seinem Artikel Der Jude 1929 die Meinung vertreten, die Juden könnten "in deutschen Fragen nicht mitreden". Wer dem Judentum angehöre, sei "Ausländer, Volksfremder, der nur Gastrecht unter uns genießt".
Wenn man das Wort "Jude" mit "Russe" austausche, so Fadejew, erhalte man ein Zitat aus dem Interview mit Selenski.
Quelle: Telepolis

14. **Eroberungskrieg der Taliban: Sorge vor einem Massenexodus**
Afghanistan: Beobachter befürchten ein neuen Bürgerkrieg; CDU-Außenpolitiker Röttgen plädiert für eine militärische Intervention mit Beteiligung der Bundeswehr
Schritt für Schritt erobern die Taliban die Kontrolle über Afghanistan. Und sie sind laut jüngsten Meldungen dabei, ihre Offensive nach Norden auszudehnen. Einen Waffenstillstand lehnen sie ab. Das haben viele so ähnlich vorausgesehen; überraschend ist das Tempo, mit dem die islamistischen Milizen sich in den vergangenen Tagen wichtige Provinzstädte untertan gemacht haben.
Da auch Kundus (oft: Kunduz) dazu zählt, wo vormals Bundeswehreinheiten stationiert waren, trifft der Eroberungskrieg in Afghanistan auf Aufmerksamkeit in Deutschland, wo ansonsten andere Themen dominieren. Es ist ja Wahlkampf zu Zeiten von erneut

ansteigenden Infektionen und Lagerdebatten.
Was Afghanistan angeht, so hat der FAZ-Nahostexperte Rainer Hermann das angesprochen, was auch hierzulande Aufmerksamkeit für die Vorgänge in dem weitentfernten Land erzielt: Die Nachbarstaaten und Europa müssten sich auf einen Massenexodus aus Afghanistan vorbereiten.
Das Scheitern einer beinahe zwei Jahrzehnte dauernden internationalen Militärmission in Afghanistan zeigt sich in der neuen Wirklichkeit im Land. Die Lage in Afghanistan wird uns weiter beschäftigen, meint Herrmann. Er nennt dazu drei Gründe: Einmal die Verantwortung Deutschlands für die afghanischen Helfer der Bundeswehr, den sogenannten "Ortskräften", die sich samt Familie vor den Taliban fürchten müssen.
Quelle: Telepolis

15. **Aktivistin aus Frankfurt überlebt Attentat in Kolumbien**
Eine Frankfurterin beteiligt sich an den Protesten in Kolumbien. Knapp nur entkommt sie bei einem Attentat dem Tod – ihr Freund stirbt.
Lange hat Rebecca Sprößer auf jenen Abend gewartet. Zum ersten Mal will sie sich mit ihrem Freund Jhoan Sebastián Bonilla Bermúdez allein treffen. „Wir freuten uns wie kleine Kinder", sagt sie. Beide wissen, dass es gefährlich ist, wenn sie sich so in der Öffentlichkeit zeigen. Sprößer hat in den vergangenen Wochen mehrfach Morddrohungen erhalten. Das Paar steht im Auge der Öffentlichkeit für „Puerto Resistencia" (Hafen Widerstand), eine der Gruppen, die Proteste gegen die kolumbianische Regierung organisiert.
Sprößer gilt als Sprachrohr der Gruppe, veröffentlicht auf Social Media Videos, um der Welt zu zeigen, was in Kolumbien seit Monaten und Monaten geschieht: Friedliche Proteste am Tag, Gewalt der Polizei in der Nacht und die Verteidigung von Straßen und Plätzen durch die „Primera Linea", die „vorderste Front" meist junger Männer, die Demonstrationszüge schützen, ausgerüstet mit improvisierten Schildern, mit Helmen und Schutzbrillen. Bermúdez ist der Anführer von „Puerto Resistencia". In einem Video, das Sprößer der FR in dieser Zeit schickt, sagt sie: „Es geht hier jede Nacht um Leben und Tod."
Die 34-jährige Rebecca Sprößer kam im März als Touristin nach Cali, die drittgrößte Stadt Kolumbiens, sie wollte Salsa lernen. Sie fand Arbeit bei einer Hilfsorganisation und lernte dadurch Aktive von „Puerto Resistencia" kennen.
Quelle: FR